

Schlosserei**ALBRECHT**Metallbau



Ihr Fachmann für:

- Schlösser
- Gitter
- Tore
- Geländer
- Schließanlagen
- Draht- und Gitterzäune

**Kurze Geismarstraße 17
37073 Göttingen
(Eingang & Zufahrt auch über „Am Wochenmarkt“)
Telefon: 0551 / 577 52
Mobil: 0172 / 58 999 12
info@metallbau-uwe-albrecht.de**

Reparaturen aller Art!

metallbau-uwe-albrecht.de

Für die Werterhaltung Ihrer Immobilie



Planen | Bauen | Betreuen



Baugeschäft
LÜER
GmbH

Anna-Vandenhoeck-Ring 21a
37081 Göttingen
T: 0551 / 7 29 05 | F: 0551 / 70 47 52
E: info@lueer-bau.de
www.lueer-bau.de



Parlamentarische Runde beim Impulsvortrag

Kommunale Wärmeplanung und Klimaplan 2030

Der traditionelle Parlamentarische Abend des H + G Göttingen e. V. wurde erneut zu einer wichtigen Plattform des Austausches zwischen Immobilieneigentümerinnen und -eigentümern, städtischer Verwaltung und Politik.

Text: Susanne Et-Taib, Ulrich Drees | Fotos: Sylvia Stein

Am 15. April begrüßte Rechtsanwalt Dr. Dieter Hildebrandt, Fachanwalt für Miet- und WEG-Recht und Vorsitzender des H + G Göttingen e. V., im Holbornschen Haus zum Parlamentarischen Abend. Wie stets stand der Austausch zwischen Verein, Politik und Verwaltung über aktuelle und/oder langfristige Themen des Stadtgeschehens sowie gemeinsame Handlungsfelder, Erwartungen, Planungsstände und Anregungen im Mittelpunkt der Veranstaltung – in diesem Jahr bezogen auf die kommunale Wärmeplanung und den Klimaplan 2030.

Klimaplan 2030 >>> In ihrem einleitenden Referat schilderte Nadine Finn, Leiterin des Referates für nachhaltige Stadtentwicklung, welche Herausforderung die seitens der Stadt angestrebte komplette Wende in Sachen Verkehr und Energie darstelle. Neben diversen Fachdiensten, die zügig und interdisziplinär zusammenarbeiten müssten, sei während des ganzen Prozesses auch die Öffentlichkeit, darunter Universität, die Wirtschaftssektoren, der Verkehr und die privaten Haushalte, einzubeziehen. Der bereits 2021 fertiggestellte „Klimaplan 2030“ bilde dabei lediglich einen Rahmen für einen konkreten Fünfjahresplan. Aufgabe der Verwaltung sei es, bis Dezember 2025 gezielte Maßnahmen vorzulegen, wie Göttingen bis 2030 treibhausgas- und klimaneutral werden könne. Dabei müssten unbedingt die Folgen der Klimakrise,

wie z. B. Starkregenereignisse und die Risiken der Erderwärmung, „mitgedacht“ werden. All das sei ohne Fördermittel kaum durchführbar. Deshalb wandte sich die Referentin an die anwesenden Ratsmitglieder: „Sie als gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerschaft haben wesentlichen Einfluss darauf, dass sinnvolle Maßnahmen mit Blick für die Zukunft und unter Vermeidung von Zielkonflikten ergriffen werden! Bitte arbeiten Sie mit.“

Kritik an Zeitplan und Kommunikation >>> Zu Beginn der folgenden Diskussion über die mit dem Klimaplan 2030 eng verbundene kommunale Wärmeplanung äußerten Dr. Dieter Hildebrandt und weitere Anwesende große Bedenken bezüglich des aktuellen Zeitplans, denn die kommunale Wärmeplanung müsse aus rechtlicher Sicht spätestens im Juni 2026 fertig sein. Gleichzeitig sei die Bevölkerung durch die kontraproduktive Informationspolitik der Bundesregierung zu den Änderungen im Gebäudeenergiegesetz (GEG) und den Austausch von Heizungen in hohem Maße verunsichert. Dem schloss sich Jörg Rudolph, Energieberater, Bezirksschornsteinfegermeister und Vorstandsmitglied bei H + G Göttingen e. V., an: „Im Göttinger Energiezentrum haben wir mehrfach versucht, dem von der Regierung und der Presse angerichteten Chaos durch sachliche Informationen entgegenzuwirken.“



Dr. Dagmar Sakowsky, Rolf Becker

Willi Becker, Christina Krebs (Vereinsvorstände)

Oliver Wessel (GF H + G Hausverwaltung), Charlotte Gräf (Justiziarin H + G Verein)

Politische Perspektiven >>> Aus den Reihen der anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Politik wurden weitere Aspekte angesprochen. Hans Otto Arnold (CDU) bemängelte z. B., dass die Stadt Göttingen im Gegensatz zum Landkreis Göttingen die einmalige Chance verpasst habe, an das Wasserstoffnetz angeschlossen zu werden. Hier sei zukünftig eine bessere Zusammenarbeit wichtig. Rolf Becker (Bündnis 90/Grüne) verwies darauf, dass die Städtische Wohnungsgenossenschaft dank der Auflagen des „Heizungsgesetzes“ und der voraussichtlichen Kosten der Fernwärme in den nächsten Jahren nicht mehr in ihre Bestandsimmobilien investieren könne. Die entstehenden Kosten müssten sogar weitestgehend auf die Mieter umgelegt werden. Bezahlbares Wohnen in Göttingen wird damit weiter erschwert. Für Tom Wedrins (SPD) stand die Einbeziehung der Öffentlichkeit im Vordergrund. Er forderte Nadine Finn auf, der Politik konkrete Hinweise zu geben, welche Maßnahmen „gepusht“ werden sollten. Darüber hinaus müsse die Stadt Konzepte entwickeln, die Fernwärme bezahlbar zu regeln. Olaf Feuerstein (CDU) mahnte die Entwicklung und Offenlegung einer Fernwärme-Ausbaustrategie für private Grundstücke seitens der Stadtwerke AG an. Verlorenes Bürgervertrauen könne nicht wiedergewonnen werden, wenn wie in der Münchhausenstraße, Am Steinsgraben oder im Stegemühlenweg Fernwärmeleitungen verlegt würden, ohne den Immobilieneigentümerinnen und -eigentümern Hausanschlüsse anzubieten. Auf die Frage von Sylvia Binkenstein (SPD), ob die Pläne der Universität, Geothermie zur Wärmegewinnung aus Extremtiefen eine Rolle in der kommunalen Wärmeplanung spielten, verwies Nadine Finn auf eine „sehr ferne Zukunft“.

Die kommunale Wärmeplanung >>> Abschließend erläuterte die Referentin den gesetzlichen Rahmen für die kommunale Wärmeplanung. Nach dem Beschluss des Wärmeplanungsgesetzes im Bundesrat am 15.12.2023 trat am 01.01.2024 das

Gebäudeenergiegesetz (GEG) in Kraft. Derzeit werde das Niedersächsische Klimagesetz (NKKlimaG) novelliert, und für Göttingen selbst seien maßgebliche Ratsbeschlüsse bereits im Juli und Dezember 2021 getroffen worden. Konkret würden im Rahmen der kommunalen Wärmeleitplanung in Göttingen Quartiere festgelegt, in denen entweder leitungsgebundene oder dezentrale Wärmeversorgung erfolge. Aktuell gebe es keinen Anschluss- und Benutzungszwang für die Anlieger. Quartiersbezogen könne im geringen Umfang auch eine Kälteplanung erfolgen. Oberstes Ziel der Wärmeleitplanung bleibe der Ausstieg aus der fossilen Wärmeversorgung.

Am Ende des Abends stimmten alle Anwesenden mit der Referentin darin überein, dass die Energieerzeugung und damit einhergehende Sanierungen in Göttingen nicht erzwungen werden sollten. Die Mitwirkung bei der Umsetzung der Wärmeleitplanung und des Klimaplan 2030 müsse über Informationen und Förderungen aller Art erreicht werden. Dazu könnten die Festlegung von Orten der Energiegewinnung über das Bauplanungsrecht, die Erstellung von Grundlagenkonzepten zur Förderfähigkeit privater und öffentlicher Vorhaben sowie Anreizsysteme für den Ausbau von Energiegewinnungsanlagen, die Unterstützung von Bürgerenergiegenossenschaften und die Gründung der Energieregion Göttingen GmbH beitragen.

Sowohl die anwesenden Ratsmitglieder als auch die Vorstandsmitglieder von H + G Göttingen e. V. sicherten der Verwaltung ihre Unterstützung zu – im Gegenzug versprach Nadine Finn eine kontinuierliche Information zu wichtigen Planungsschritten. So konnte der Parlamentarische Abend erfolgreich ein konkreteres Bewusstsein für die Bedeutung der „Wärmeleitplanung“ und des „Klimaplan 2030“ für Göttingens nachhaltige Zukunft schärfen. ■

H + G Göttingen e. V.
Vereinigung der Haus- und Grundeigentümer
in Göttingen, Northeim und Umgebung
von 1892 e. V.
Gröner-Tor-Straße 1
37073 Göttingen
Telefon: 05 51 / 52 10 12
Fax: 05 51 / 52 10 169
verein@hug-goe.de
www.hug-goe.de